

ung

Zeltung.)
40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:
Kolossalzelle 60 g. Abendbl. 75 g.
Reklamen 42 g. Abendbl. 42.50.
Familienanzeigen 41 g. Platz- u.
Daten-Vorschriften ohne Verbind-
lichkeit. - Anzeigen nehmen an:
Unsere Expeditionen in Frankfurt
a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37.
Mair: Schillerpl. 3. Berlin: Mauer-
straße 16/18. Dresden: Waisen-
hausstr. 25. München: Porusastr. 5.
Offenbach: Biebererstr. 34. Stutt-
gart: Poststraße 7. Zürich: Nord-
straße 62. Una. übrig. Agenten
u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
New York: 20 Broad Street
Verlag u. Druck der Frankfurter
Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postcheckkonto Frankfurt (Main) 4430

Eine Niederlage der französischen Regierung.

Die Verteidigung von Verdun.

Basel, 7. Juni. (Priv.-Tel., ff.) Die franzö-
sische Regierung hat gestern in der Deputiertenkammer
eine ernste moralische Niederlage erlitten.

Als die Kammer aus den Osterferien zurückkehrte, stand sie
unter dem starken Eindruck, den die schweren Verluste der
Kämpfe vor Verdun in ganz Frankreich hervorgebracht hatten.
Die Abgeordneten waren von ihren Wählern zur Rede gestellt
worden, ob diese Verluste nicht hätten vermieden werden
können. Die Abgeordneten gaben ihren Wählern das Ver-
sprechen, die Regierung über die Durchführung der Vertei-
digung von Verdun zur Rede zu stellen. Der radikale
Abgeordnete Albert Favre brachte — wie man sich erinnert
— auch sofort eine Interpellation ein über die Art
und Weise wie die Verteidigung Verduns gegen die zu er-
wartende Offensive vorbereitet worden war. Der Minister-
präsident Briand ersuchte die Kammer um die Vertagung
dieser Interpellation und versprach, daß er und der Kriegs-
minister der Armeekommission der Kammer alle gewünschten
Auskünfte geben werden. Die Kammer entsprach dem Wunsche
des Ministerpräsidenten, und die Armeekommission entwarf
einen Fragebogen über das, was sie über die Vorbereitung
und die erste Durchführung der Verteidigung von Verdun
wissen wollte. Diese Fragen erstreckten sich insbesondere auf
den Mangel an Artillerie und Munition, der sich bei Beginn
der deutschen Offensive geltend machte, und auf das eigen-
mächtige Vorgehen mehrerer Armeekommandanten während
der ersten Tage des deutschen Angriffs. Briand und der
General Rocques erschienen auch wiederholt vor der Armee-
kommission. Unterdessen wurde in den Fraktionen der Kam-
mer die Frage erörtert, ob diese Kommissionsausprache ge-
nüge, um die im Lande bestehende Beunruhigung zu besei-
tigen. Der Wunsch nach einer Aussprache zwischen der Kam-
mer und dem gesamten Parlament wurde immer lebhafter,
und schließlich schickten die Parteivorstände eine Abordnung
an den Ministerpräsidenten Briand, um ihm zu erklären, daß
eine uneingeschränkte Aussprache in einer ge-
heimen Sitzung der Kammer unerlässlich sei.

Briand erkannte sofort, daß das Mißtrauen gegen die Re-
gierung einen ernststen Umfang angenommen hatte, und daß die
ähnlichen Versprechungen, mit denen er jeder Ausflüchtung aus
der Angelegenheit zu gehen pflegte, keinen Glauben mehr finden.
Er entschloß sich also, die Geheimhaltung anzunehmen, machte
jedoch seine Vorbehalte. Er verlangte, daß die bestehende
Geschäftsordnung, die es der Kammer ermöglichte, in jedem
Augenblick die Öffentlichkeit auszuschließen, ohne daß die
Regierung es durch die Stellung der Vertrauensfrage ver-
hindern kann, abgeändert werde. Der gemäßigte Abgeord-
nete Marin brachte auch einen entsprechenden Antrag ein,
dem die Geschäftsordnungscommission zustimmte. Darnach
sollte über den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit nicht
ohne Diskussion abgestimmt werden, sondern der Antragsteller
und die Regierung sollten das Recht haben, sich dazu zu
äußern. In der Kammer hatte man sofort den Eindruck, daß
Briand im letzten Augenblick den Antrag auf eine geheime
Sitzung durch die Stellung der Vertrauens-
frage zu Fall bringen wolle. Das Mißtrauen ge-
gen Briand vertiefte sich derart, daß es auch auf den
Senat übergriff, und in beiden Häusern des Parlaments
beschloß die Mehrheit der Linken, an dem Verlangen nach
einer geheimen Sitzung und gleichzeitig auch an der bestehen-
den Geschäftsordnung festzuhalten. Zu dieser Interpellation
kam hinzu, daß der Abgeordnete Abel-Ferruh, der von der
Armeekommission mit dem Bericht über die Anfänge der
Schlacht von Verdun betraut worden war, vorgestern seine
Demission gab mit der Erklärung, daß die Aus-
künfte, die die Regierung der Armeekommission gegeben
habe, nur Ausflüchte darstellen, und daß der Kriegs-
minister die der Kommission versprochenen Dokumente nicht
übergeben habe.

Die gestrige Sitzung der Kammer begann deshalb unter
einer lebhaften Aufregung. Der Präsident Deschanel
teilte mit, daß sich die Kammer über Festsetzung des Datums
für die Verhandlung der Interpellation Favre, die
am 18. Mai vertagt worden war, zu entscheiden habe. Der
Ministerpräsident Briand ersuchte die Kammer und den
Abg. Favre, die Verhandlung der Interpellation aufs neue
zu vertagen. Er betonte, daß die Aussprache zwischen der
Armeekommission und der Regierung noch im Gange sei, weil
der Kriegsminister noch nicht alles Material für eine voll-
ständige Beantwortung der gestellten Fragen vereinigt habe.
Der Abg. Favre antwortete darauf, daß er bedaure, eine
neue Vertagung nicht annehmen zu können. Er sagte
nach dem Bericht des „Matin“:

„Wir müssen unzweideutig sprechen. Wenn es sich ein-
fach um eine Art theoretischen oder geschichtlichen Studiums
der Schlacht von Verdun handeln würde, so wäre ich wohl-
verstanden der Letzte, auf einer Plenardiskussion zu bestehen.
Aber die Frage ist nach unserer Auffassung viel dringender
und aktueller. Wir wollen Licht machen über bestimmte Tat-
sachen, die nach unserer Meinung gewisse Entscheidungen nach
sich ziehen sollen. (Lebhafter Beifall.) Der Kriegs-
minister ist seit Mitte Mai nur einmal in die Kommission
gekommen. Er hat die ihm gestellten Fragen nur gestreift.
Eine neue Vertagung meiner Interpellation käme auf eine
Vertagung auf unbestimmte Zeit hinaus. Wir stehen einem
Verschleppungsverfahren gegenüber, das weder
der Würde der Kammer noch der der Regierung entspricht.
Entweder sind die Maßnahmen, die wir verlangen, notwendig,
nützlich und unerlässlich für die Verteidigung des Landes,
und dann müssen sie unmittelbar durchgeführt werden, oder
aber sie sind gegenstandslos und dann ist nur die Verhand-
lung im Plenum imstande, die verpestete Atmosphäre,
die uns erdrückt, zu zerstreuen. Der Ministerpräsi-
dent hält es für sehr delikant, in eine Aussprache über eine
noch im Gange befindliche Kriegsoperation einzutreten. In
meinen Augen ist aber Verdun nicht alles. Es stellt
eine blutige oder viel zu blutige Episode dar in dem großen
Kriege, der uns auferlegt ist, und wenn man das Argument
des Ministerpräsidenten gelten lassen wollte, so wäre uns
jede Diskussion unterlagert bis zum Ende des Krieges. Aber
dennoch gibt es hier zahlreiche Abgeordnete — und ihre Zahl
wird von Tag zu Tag größer — die volles Licht verbreiten
wollen über Tatsachen und Vorgänge, die, wie ich wieder-
hole, nach unserer Meinung gewisse Entscheidungen herbei-
führen müssen. Wir wissen, daß der Feind, als der erste
Kanonenbeschuß gegen Verdun abgefeuert wurde, seinen An-
griff seit langem vorbereitet hatte, und wir verlangen zu prü-
fen, was unsererseits dementsprechend geschehen ist. (Leb-
hafter Beifall.) Die Gerüchte, die umlaufen, sind stärker,
als die Regierungszensur, denn die große Volksstimme wie-
derholt sie, und sie wollen wissen, daß die großen Verluste,
die wir erleiden, die Folgen sind von Nachlässigkeit und Sorg-
losigkeit. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident Deschanel beugte sich zu dem Redner
herab, um ihn zu bitten, nicht in dieser Auseinandersetzung
fortzufahren.

Abg. Favre schloß mit der Bemerkung, die Frage der
Geheimhaltung sei durch die Schlacht von Verdun wieder

8.7.1916

14